



Rektorenkonferenz der Fachhochschulen der Schweiz
Conférence des Recteurs des Hautes Ecoles Spécialisées Suisses
Conferenza dei Rettori delle Scuole Universitarie Professionali Svizzere
Rectors' Conference of the Swiss Universities of Applied Sciences

Staatssekretariat für Bildung,
Forschung und Innovation SBF
Abteilung Hochschulen
Silvia Studinger
Effingerstrasse 27
3003 Bern

ELEKTRONISCHE ZUSTELLUNG

silvia.studinger@sbfi.admin.ch

Bern, den 8. Juli 2014

Verordnung zum Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (V-HFKG) und Verordnungen des WBF im Fachhochschulbereich, Stellungnahme KFH

Sehr geehrte Frau Studinger, liebe Silvia

Die Rektorenkonferenz der Fachhochschulen der Schweiz KFH dankt Ihnen für die Möglichkeit, zum titelvermerkten Geschäft Stellung nehmen zu können und insbesondere auch für die gewährte Fristerstreckung, die es ihr erlaubt, ihre Stellungnahme im Anschluss an die jüngste KFH-Sitzung vom 4. Juli 2014 nach einer eingehenden Diskussion einzureichen.

Die KFH stimmt der vorgelegten Verordnungen weitestgehend zu. Folgende Anpassungen scheinen ihr indessen wichtig.

Art. 5, Fachbereiche von Fachhochschulen und ihnen zugeordnete Bachelorstudiengänge (Art. 73 Abs. 2 und 3 HFKG):

Bis der Hochschulrat gestützt auf Artikel 25 Absatz 2 HFKG etwas anderes regelt, gelten für die Zulassung zum Fachhochschulstudium die im Anhang aufgeführten Fachbereiche und die ihnen zugeordneten Bachelorstudiengänge.

Sinn und Zweck des Artikels kommen nur indirekt zum Ausdruck. Aus Vorlage und Erläuterungen lässt sich lesen, dass es im Kern darum geht, welchen Fachbereichen Studiengänge zugeordnet sind, weil entsprechend ausdifferenzierte Zulassungsvoraussetzungen gemäss FHSG und letztlich auch unterschiedliche Kostengruppen für die Ermittlung der Finanzierung vorläufig weiter gelten sollen, bis der Hochschulrat andere Regelungen beschliesst.

Die referenzierte Liste im Anhang bildet also den Status quo ab. Sie enthält ausschliesslich Studiengänge, die nach FHSG Fachbereichen zugeordnet und durch das WBF genehmigt worden sind. Im Zuge der

Autonomieförderung der Hochschulen durch das HFKG entfällt diese Genehmigungspflicht. Art. 5 wird in der vorliegenden Formulierung damit den Intentionen des HFKG nicht gerecht (und entspricht auch nicht vollständig den am 10. Dez. 2013 kommunizierten Übergangsbestimmungen „Umgang mit den Genehmigungs-, Bewilligungs- und Akkreditierungsverfahren nach FHSG bis zum Inkrafttreten des HFKG“). Das HFKG gestattet den Fachhochschulen, in Abstimmung mit ihren Trägern neue Studiengänge unmittelbar einzuführen – ohne dem Hochschulrat Antrag zu stellen und nicht erst, nachdem der Hochschulrat aktiv geworden ist und von heutiger Geltung abweichende Zulassungsbestimmungen erlässt bzw. Listenerweiterungen aufgrund neuer Studienangebote zustimmt.

Mit der Lancierung neuer Angebote muss der Katalog an Studiengängen deshalb zunächst unabhängig von der Agenda des Hochschulrats erweitert werden können. Die Zuordnung der Studiengänge zu Fachbereichen muss dabei sinnvollerweise von der Fachhochschulkammer der Rektorenkonferenz verabschiedet werden können. Entsprechende Listenerweiterungen können dem Hochschulrat zur Kenntnis gebracht werden.

Die KFH ersucht Sie, Art. 5 so anzupassen, dass er die Möglichkeiten der HFKG-konformen Einführung neuer Studiengänge umfassend abbildet.

Art. 6, Eidgenössische Anerkennung von Fachhochschuldiplomen, Abs. 1, lit. b:

Der Bund anerkennt Bachelor-, Master- und Weiterbildungsmaster-Diplome von Fachhochschulen, wenn das entsprechende Studium spätestens sechs Jahre nach Inkrafttreten des HFKG abgeschlossen wurde.

Die KFH schlägt eine Frist von 10 statt sechs Jahren vor, um den Kantonen genügend Zeit für die Anpassung ihrer gesetzlichen Grundlagen und die Abstimmung dieses Prozesses an die institutionelle Akkreditierung zu gewähren.

Art. 8, Gesuche um Beiträge an nichtbauliche Investitionen, Abs. 2 (Art. 77 HFKG):

Beiträge können nur zugesichert werden, wenn die Schlussabrechnung für die Beschaffung der Investition bis am 30. September 2016 beim SBFI eingegangen ist.

Nach Auffassung der KFH müsste die Frist zwischen der letztmöglichen Gesuchseingabe und der Abgabe der Schlussabrechnung für entsprechende Beschaffungen, die je nach Komplexität und Umfang an aufwendige Verfahren gebunden sein können, mindestens 12 Monate dauern. Deshalb beantragt die KFH, die Abgabefrist für die Schlussabrechnung auf mindestens bis Ende 2016 zu erstrecken.

Art. 10, Gesuche um Akkreditierung von Studiengängen (Art. 77 HFKG):

Gemäss erläuterndem Bericht (deutschsprachige Fassung, Seite 7) gilt die Akkreditierungspflicht für Studiengänge nur noch für alle bis und mit Herbst 2012 gestarteten Studiengänge. Danach gestartete Studiengänge können *freiwillig* durch das WBF nach FHSG akkreditiert werden. Zwingende Akkreditierungen sind für die Fachhochschulen ohne Gebühren, für freiwillige Akkreditierungen werden den Fachhochschulen jedoch kostendeckende Gebühren belastet.

Art. 10 kann in seiner Formulierung zu Missverständnissen führen. Zur Präzisierung wird deshalb vorgeschlagen, in Abs. 5 das Eigenschaftswort „freiwillige“ aufzunehmen:

Die Kosten für die freiwillige Akkreditierung von Studiengängen werden durch die Fachhochschule getragen. Die zuständige Akkreditierungsagentur bestimmt die Verfahrenskosten vorgängig.

Wir freuen uns, wenn Sie unsere Stellungnahme in Ihre weiteren Arbeiten einbeziehen und danken Ihnen dafür.

Freundliche Grüsse

Rektorenkonferenz der Fachhochschulen der Schweiz KFH



Thomas Bachofner, Generalsekretär

Kopien zur Kenntnis:

- _ Mitglieder der KFH
- _ Generalsekretariate CRUS, COHEP und swissuniversities